

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postbestellungen, Postämter und Reichspostämter sind zu bezeichnen. Der Preis für den Auslandbezug beträgt 10,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Kennzelle 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Sonstige Anzeigenpreise nach Maßgabe der Reichsdruckerei. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 162 — 91. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Mittwoch, den 13. Juli 1932

## Mittelstandsnot.

Mit wachsender Schnelligkeit und unter gewaltigen Katastrophen innerhalb der deutschen Wirtschaft ist nun schon ein ganzes Jahr seit jenem furchtbaren 13. Juli 1931 vergangen, als die Nachrichten von der Schalter-schließung der Großbanken und bald auch der Spar-tassen usw. wie Hammerschläge auf das geradezu betäubt dastehende deutsche Volk herniederfielen. Ungern genug erinnert man an das, was damals geschah; ungerne mag und muß man auch an manches denken, was seitdem an Aufräumungsarbeit geschehen oder — nicht geschehen ist. Die damalige Reichsregierung sah sich zu einem scharfen Tadel gegen die Kreditpolitik der Großbanken gezwungen und sie erklärte im Reichstag, daß die Großbanken an die „Großen“ das Geld mit vollen Händen hergegeben hätten, während kreditpolitisch „der mittlere und kleine Unternehmer, der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand“ ganz ins Hintertreffen geraten sei. Und als die Großbanken dann im Februar d. J. „Bilanz machten“, da mußten sie selbst zugeben, daß ihre Verluste bei den Großkrediten verhältnismäßig sehr viel beträchtlicher gewesen waren als bei den „Kleinkrediten“ bis etwa 20 000 Mark. Zugaben mußten sie aber auch, daß mehr als die Hälfte der ihnen zu-gelassenen Gelder aus den Kreisen der mittleren und kleinen Sparer stammten. Wie lange, oft und laut, hatte man doch von dem „sterbenden Mittelstand“ ge-sprochen, und noch öfter und lauter von der unabänderlich sich weiterentwickelnden „Konzentrierung“ in der Wirt-schaft geredet! Und jetzt ist das Wort von der „K on z e r n d ä m m e r u n g“ schon oft und laut genug, außerdem mit kaum noch bestrittener Berech-tigung in die Öffentlichkeit geworfen worden! Der „Mittelstand“ in Handel, Gewerbe und Industrie hatte sich als weitrifrigerer erwiesen, auch wenn man leider heute diese „Rifigkeit“ als einen recht relativen Begriff betrachten muß! Und wieviele im Laufe des jetzt vergangenen Jahres zusammengebrochene Existenzen dieses Mittelstandes hätten gerettet werden können, wenn man neben der Sanierung der „Großen“ nun auch eine wirklich tatkräftige „Mittelstandspolitik“ getrieben hätte, die zum mindesten wenigstens die Kreditlage für den Mittelstand entscheidend erleichtert und verbessert hätte. In der Hauptsache aber hat er sich allein seiner Haut gegen die fortschreitende Krise wehren müssen, er-folgte sogar manches von „oben“ her, was ihm manche tiefe Wunden schlug.

Was in der Notverordnung vom 10. Dezember 1931 für den „Mittelstand“ abfiel, blieb ohne Wirkung, denn die Hauptbelastung durch Steuern, Abgaben, Gebühren und sonstige Zwangsforderungen der öffentlichen Hand wurden nicht geringer, sondern z. B. durch die Erhöhung der Umsatzsteuer noch gesteigert. Das hat jüngstens noch eine üble Fortsetzung erfahren dadurch, daß die Umsatzsteuer nun bis zum letzten kleinsten Betrieb herunter aus-gedeht wurde. Es ist fast so, als ob es der Mittelstand in Handel, Gewerbe und Industrie büßen müsse, daß er sich besser gegen die Krise wehrt hat, als dies die „Großen“ vermochten. Und daß die behördlichen Placereien sich vermindert hätten, wird man auch nicht gerade behaupten können! Der Mittelstand, besonders der in Handel und Gewerbe, wird nach wie vor auch kreditpolitisch schlecht behandelt — soweit er sich hiergegen nicht durch seine Selbsthilfs-Organisationen, die Genossenschaften, wehrt —, und derselbe Mittelstand ist heute einer der größten — R e d i t g e b e r ! Denn wer vermag auch nur annähernd abzuschätzen, welchen Riesenumfang das „Vorgehen über den Lebenskreis hinweg“ angenommen hat, erzwungen durch die so tief gesunkene Kaufkraft einerseits und den zu einem erbitterten Ringen gewordenen „Kampf um den Absatz“ auf der anderen Seite! Der Fiskus aber in seiner ebenso mannigfachen wie rückwärtslos zugreisenden Gestalt behauptet, auf das ihm Zustehende unter keinen Umständen verzichten zu dürfen und zu können.

Noch immer harret der „Mittelstand“ in Industrie, Handel und Gewerbe sehnlichst der Hilfe, die man ihm verspricht. Man sollte „oben“ erkennen, daß sie zu spät kommt, wenn man sich nicht sehr bald zu ihr entschließt.

## Verwässerung des Ostgrönlandkonflikts.

Norwegen dringt weiter vor. Wie aus Oslo mitgeteilt wird, ist die norwegische Regierung im Begriff, weitere Gebietsstreifen an der Ostgrönlandküste zu besetzen. Eine amtliche Mitteilung liegt noch nicht vor. Der ganze Küstenstreifen im Südboten vom 60. bis 63 Grad soll in einer Länge von 300 bis 400 Kilometern und in einer Breite von 50 Kilometern besetzt werden. Es wird hinzugefügt, daß dieses Gebiet seit 1900 nicht mehr von Eskimos bewohnt werde.

In Kopenhagen haben diese Nachrichten ungeheures Aufsehen erregt. Dänischerseits wird festgestellt, daß der dänische Forscher Knud Rasmussen noch im vorigen Jahr das fragliche Gebiet im Auftrage der dänischen Regierung besucht habe. Ein solcher norwegischer Übergriff würde einen offensichtlichen Bruch des Abkommens von 1924 darstellen.

## Aufbauprogramm der Reichsregierung.

### Nun die Aufbauarbeit!

Nachdem die Reichsminister nun alle wieder in Berlin versammelt sind, müssen sie ihre ganze Kraft den drängen-den innenpolitischen Aufgaben zuwenden. Bekanntlich hat die Reichsregierung anläßlich der Beratungen über das Wiederaufbauprogramm aufgenommen werden sollen. Das Programm soll so schnell wie möglich fertiggestellt werden. In diesem Aufbauprogramm spielt die Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsdienstpfl-icht und durch Siedlung die Hauptrolle. Es stehen aber auch noch andere innenpolitische Fragen auf der Tages-ordnung der Kabinettsberatungen, vor allem die Frage, ob irgendwelche Sondermaßnahmen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ergriffen werden müssen. In Verbindung damit wird auch wieder von der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ge-sprochen.

### Bauschneise aus dem Wiederaufbauprogramm.

Die Fahrt des Reichskanzlers nach Neudorf. Reichskanzler von Papen fährt am Mittwoch nach Neudorf, um dem Reichspräsidenten über das Er-gebnis der Lausanner Konferenz Vortrag zu halten. Der Reichskanzler kehrt am Freitag wieder nach Berlin zurück. Außer dem Reichskanzler wird auch Reichsinnen-minister von Gahl nach Neudorf fahren. Man kann daraus schließen, daß außer den Lausanner Verhandlungen auch die innenpolitischen Verhält-nisse zur Besprechung kommen; man wird wahrscheinlich die Zustimmung des Reichspräsidenten zu wichtigen Ent-scheidungen der Reichsregierung einholen wollen. Diese dürften vor allem auf dem Gebiete der Arbeits-beschaffung, und zwar der Siedlung und des Arbeitsdienstes liegen. Man denkt daran, mög-lichst alle arbeitsfähigen Deutschen in bestimmten Alters-

grenzen durch geeignete Maßnahmen zu dem freiwilligen Arbeitsdienst heranzuziehen. Auch die Lage in Preu-ßen dürfte mit dem Reichspräsidenten besprochen werden.

### Ein Arbeitsdienstpfl.

Freiwilligkeit oder Pflicht? Die Arbeitsdienstpfl-icht erörterte der Preis-kommissar, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, in einem Vortrag in Leipzig. Er erklärte, daß noch bis Ende dieses Jahres 200 000 Mann im Arbeitsdienst beschäftigt werden sollen. Die dazu notwendigen Mittel würden 60 000 000 Mark be-tragen; davon seien 40 000 000 greifbar.

Dr. Goerdeler will den Arbeitsdienst zwar aus der Freiwilligkeit entwickeln, aber in der Form bin-dender Verpflichtung für alle Jugend-lichen zwischen 18 und 30 Jahren eingerichtet sehen. Nur körperliche Unfähigkeit dürfe einen Befreiungsgrund bilden.

Die Dienstpflichtigen seien in Gruppen von nur 20 bis 40 Mann zusammenzuschließen. Die Führer dieser Gruppen hätten aus der Arbeitsdienstpfl-icht selbst hervor-zugehen. Der Dienst habe sich nicht allein auf die Arbeit, sondern auch auf die geistige Erziehung, auf disziplinierte körperliche Bewegung zu erstrecken. Die moralische Seite der ganzen Frage sei die durchaus entscheidende.

Die vorzunehmenden Arbeiten müßten a l l g e m e i n v o l l s t w i r t s c h a f t l i c h e n Nutzen haben, doch seien alle Arbeiten auszuführend, die auf dem regulären Arbeitsmarkt unterzubringen sind.

Von unterrichteter Seite wird hierzu mitgeteilt, daß der Entwurf des Reichsarbeitsminis-teriums vorsieht, daß der Arbeitsdienst freiwillig, zusätzlich und gemeinnützig sein müsse, weiter, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsver-mittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, die oberste Leitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes erhalte.

## Nach, in und vor Konferenzen.

### Lausanner Klippen.

Zu den mannigfachen Unklarheiten, die über das Lausanner Abkommen bestehen, gehört auch die Frage, was geschehen soll, wenn der Pakt von den Parla-menten der vertragschließenden Länder nicht ratifi-ziert wird, ein Fall, der nicht in das Bereich der Un-möglichkeit gehört. Von französischer Seite wird ge-schrieben, die Nachricht verbreitet, daß dann automatisch der Young-Plan wieder aufleben würde. Demgegen-über steht die deutsche Erklärung, die jetzt auch von eng-lischen politischen Kreisen bestätigt wird, daß der englische Ministerpräsident Macdonald keinen Zweifel darüber ge-lassen habe, daß im Fall einer Nichtratifizierung keine Schritte ohne vorherige Beratung mit Deutschland auf einer neuen Konferenz unternommen werden sollen. Es würde dann allerdings eine neue und sehr ernste Lage entstehen, aber der Young-Plan würde nicht wieder automatisch in Kraft gesetzt werden. Auch der ehemalige englische Schatzkanzler Churchill gab dieser Meinung in sehr drastischer Weise Ausdruck, indem er erklärte: „Wenn irgend jemand glaubt, daß man je in Deutschland zum Young-Plan zurückkehren werde, so braucht er besondere ärztliche Behandlung!“

Ein weiterer dunkler Punkt in den Lausanner Ab-machungen sind die angeblichen Geheimabmachungen zwischen England, Frankreich und Italien, das Lausanner Abkommen erst dann zu ratifizieren, nach-dem eine zufriedenstellende Einigung mit Amerika über die Kriegsschuldenfrage zustande-gekommen ist. Die deutsche Regierung hat bekanntlich in Lausanne mit Erfolg den Standpunkt vertreten, daß für Deutschland eine Verquickung von Tribut und Kriegs-schulden nicht in Frage komme, weil sie wußte, daß dies ein Standpunkt ist, an dem Amerika sehr klug ist. Die amerikanische Antwort ist denn auch nicht ausgeblieben, und eine im amerikanischen Senat und Represen-tantenhaus angenommene zuverlässige private Un-frage ergab, daß wohl nicht zuletzt als Folge einer Er-bitterung wegen der angeblichen Geheimabkommen die Zustimmung in beiden Häusern gegen die Schulden-streichung ist. So erklärte der Führer der Repu-blikaner im Senat: „Ich werde die Kriegsschulden weder streichen noch revidieren, gleichgültig, welche Ver-

sprechungen in Lausanne gemacht oder welches Abkommen getroffen worden sind. Ich glaube nicht, daß jemals der amerikanische Kongreß die alliierten Schulden revidiert oder herabsetzt.“

Nun darf man solche Reden jetzt nicht allzu wörtlich nehmen, weil sie in der gespannten Atmosphäre der bevor-stehenden amerikanischen Präsidentenwahl abge-gaben werden, aber man sieht doch immerhin, daß das Lausanner Schicksal noch manche Klippe zu umschiffen haben wird, ehe es in den sicheren Hafen einlaufen kann.

### Das letzte Wort über Reparationen.

Macdonald spricht im Unterhaus über Lausanne. In Erwartung der Erklärung des englischen Minister-präsidenten Macdonald über die Lausanner Kon-ferenz hatten sich fast sämtliche Abgeordneten im Unterhaus eingefunden.

Macdonald begann seinen Bericht über die Lausanner Konferenz mit der Feststellung, die Reparationen hätten die Staatshaushalte der einzelnen Länder verflücht, sie hätten im Herzen Europas ein Land in eine finanzielle Lage gebracht, die eine Drohung für die Welt ge-worden sei; sie hätten viel dazu beigetragen, die Wirtschaft der einzelnen Länder in Unordnung zu bringen.

Solange es Reparationen gebe, könne sich die Wirt-schaft nicht wieder vollständig erholen.

Zimmer wieder seit dem Kriege hätten auf allen Konfe-renzen die wirtschaftlichen Trugschlüsse der Reparationen den Beteiligten ins Gesicht gestarrt. Er hoffe aber, daß man als Ergebnis von Lausanne nunmehr

das letzte Wort über die Reparationen gehört habe. (Beifall.) Macdonald wies auf die Gefahren hin, unter denen die Welt dauernd wegen der Kräfte Deutschlands gelitten habe. Solange nicht die Lage Deutschlands als ein Element im Welthandel, als ein Faktor nicht nur innerhalb Europas, sondern auch als ein Faktor für England verstanden und behandelt werde, gebe es auch für England keine Erholung. (Beifall.)

Macdonald verweist auf die geschichtliche Entwicklung seit der Londoner Siebenmächtekonferenz und kommt auf die Kriegsschulden zu sprechen. Der Reichskanzler von Papen, so fuhr er fort, habe sich hartnäckig geweigert, zu-